



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll

### 41. Ratssitzung vom 15. März 2023

#### 1521. 2022/276

**Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 22.06.2022:**

**Städtische Finanzpolitik, nötige Rahmenbedingungen für eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen sowie Auswirkungen dieser möglichen Steuer-senkungen auf den Finanzhaushalt der Stadt**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1611 vom 14. Dezember 2022).

***Samuel Balsiger (SVP)** nimmt Stellung: In den Rechnungen zwischen dem Jahr 2021 und dem Jahr 2016 hat der Stadtrat einen Ertragsüberschuss von über 800 Millionen Franken erzielt. Uns wurden immer wieder fehlende Beträge von mehreren hundert Millionen Franken gemeldet. Der Stadtrat hat sich wohl absichtlich verrechnet, um die Politik zu beeinflussen und Steuersenkungen zu vermeiden. Stattdessen wurden den Steuerbürgern Millionen Franken zu viel aus der Tasche gezogen. In dieser Interpellation erkundigen wir uns nach den Auswirkungen von Steuersenkungen um 3 oder 5 Prozent auf den Finanzhaushalt. Dies ist eine gute Vorbereitung auf die nächste Budgetdebatte.*

Weitere Wortmeldungen:

***Dr. Florian Blättler (SP):** Die Interpellation ist widersprüchlich. Die SVP legt darin Ertragsüberschüsse und damit den Aufbau von Eigenkapital als grundsätzlich schlecht dar. Dieselbe SVP, die Jahr für Jahr in der Budget- und Rechnungsdebatte über die Schulden der Stadt herzieht und einen sofortigen Schuldenabbau fordert. Investitionen müssen finanziert werden, entweder mit Eigen- oder Fremdkapital. Wer also den Abbau von Fremdkapital fordert, sollte den Aufbau von Eigenkapital begrüßen. Wer den Abbau von Eigenkapital fordert, wie die SVP es hier tut, verursacht den Aufbau von Schulden. Weiter erstaunt mich die Unkenntnis des Steuersystems. Die Diskussion über Steuern in diesem Rat beschränkt sich auf den Steuerfuss, weil die kantonale Gesetzgebung dem Gemeinderat nur dieses Instrument überlässt. Die SVP fragt in dieser Interpellation gezielt nach Steuererleichterungen für die unteren und mittleren Einkommen. So etwas ist gar nicht möglich; ich unterstelle der SVP rein polemische Absichten. Die Senkung des Steuerfusses um 10 oder 12 Prozentpunkte würde eine Familie mit einem steuerbaren Einkommen von 50 000 Franken bloss um 170 Franken jährlich entlasten – bei jährlichen Mehrkosten von 240 Millionen Franken für die Stadt. Die von der SVP abgelehnten Erleichterungen beim Mittagstisch in der Tagesschule hätten eine solche Familie um jährlich 900 Franken entlastet – bei nur 10 Millionen Franken Mehrkosten für die Stadt.*

***Samuel Balsiger (SVP):** Seit dem Jahr 2014 bin ich im Gemeinderat. Damals lag das Budget bei knapp 8,2 Milliarden Franken. Heute sind es fast 10 Milliarden Franken. Sie haben es geschafft, das Budget innert kurzer Zeit stark aufzublasen. Alles, was die Stadt*



2 / 2

*an Geld ausgibt, muss von irgendjemandem bezahlt werden. Schlussendlich ist dies immer der einfache Bürger, da Unternehmen ihre durch Steuern anfallenden Kosten an ihn weitergeben können. Die Stadt hat sehr viele unnötige Ausgaben: 12 Milliarden Franken sollen allein für die Rettung des Klimas aufgewendet werden, obwohl die Schweiz nur 0,1 Prozent des menschengemachten Klimawandels zu verantworten hat. Sie wollen Steuergelder verschleudern, um das Klima von der Stadt Zürich aus zu retten? Spart euch die Klimahysterie und Ökovetternwirtschaft. An solchen Orten könnte man sparen, ohne Spitäler oder andere essentielle Dienste zu schliessen. Auch bei den Staatsangestellten kann gespart werden: Von den bald 30 000 Angestellten der Stadt könnte man Tausende entlassen. Den Unternehmen und dem Mittelstand wäre ein grosser Dienst getan. Führte man diese Massnahmen landesweit ein, könnte man die unfairste aller Steuern, die Mehrwertsteuer, abschaffen. Diese belastet vor allem den einfachen Bürger. Sie alle möchten aber keine Freiheit für die Einzelnen, sondern mehr Staat, so dass weiter masslos Geld ausgeschüttet und die eigene Klientel bewirtschaftet werden kann. Hier findet eine Umverteilung von Bürgern mit tiefem Einkommen zur gutbezahlten akademischen Elite statt. Wer arbeitet, soll sein eigenes Geld verwalten können und sich nicht vor Linken verteidigen müssen, die es ihm aus der Tasche ziehen wollen.*

**Walter Anken (SVP):** *Ich empfehle Dr. Florian Blättler (SP) einen Buchhaltungskurs. Kein Naturgesetz besagt, dass weniger Eigenkapital automatisch die Erhöhung des Fremdkapitals zur Folge haben muss. Man kann stattdessen zum Beispiel weniger Leistungen erbringen. Dann ist nicht mehr Fremdkapital nötig.*

**Dr. Florian Blättler (SP):** *Zur Klarstellung: Die Erfolgsrechnung beinhaltet die Ausgaben, die Bilanz beinhaltet das Kapital. Die beiden haben nichts miteinander zu tun und werden bloss am Schluss zusammengeführt.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat